



Vor kurzem lass ich einen Artikel von Isolde Ruhdorfer. Dabei verglich sie Politiker mit Pferden, die sich in einem Wettkampf befinden, der laufend beobachtet und kommentiert wird. Diese Art der politischen Berichterstattung nennt man Horse-Race-Journalismus (Pferderennenjournalismus). Einen Begriff, den ich vorher noch nicht gehört hatte. Wie bei einem Pferderennen geht es nur noch darum, wer gerade vorne liegt und wer am Ende gewinnt. „Vor jeder Wahl werden wir geradezu erschlagen von Prozenten, Abstimmungen und Umfragewerten. Eine großartige Zeit für die Demoskopie – eine schlechte Zeit für guten Journalismus und politische Inhalte...“, so im Artikel. Vielleicht schleicht mir diese Aussage auch deshalb noch Tage hinterher, da ich mich die letzten Wochen erstaunlich viel über Umfragewerte und Statistiken unserer, aktuellen und eventuelle zukünftigen Parteien unterhalten und diskutiert habe. Teilweise erstaunliche Werte, bei sehr schwammigen Fragestellungen, wurden mir präsentiert. Als Beweis für Behauptungen und als „Stimmung in der Bevölkerung“. Im Zuge der diesjährigen Wahlen in Hessen und Bayern, sowie der Wahlen nächstes Jahr, sprudeln die Meinungsforschungsinstitute vermehrt Zahlen und Statistiken aus und erzeugen Verunsicherung und Spekulationen. Das finde ich grundsätzlich kritisch, zumal wissenschaftliche Disziplinen den gegenteiligen Effekt erzielen sollten. Zusätzlich nehmen sie Einfluss auf Wahlentscheidungen und können politische Mitnahmeeffekte und Tendenzen auf unterschiedlichen Ebenen erzeugen. In der Wählerschaft sowie bei den Parteien. Eine Studie hat für die kanadischen Wahlen von 1988 untersucht, wie sich Ergebnisse von Wahlumfragen auf die Wähler auswirken.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Wähler Parteien tendenziell weniger wählten, die in den Umfragen schwach abgeschnitten hatten (Do Polls Influence the Vote?, Capturing Campaign Effects, 2006). Eine Studie aus dem Jahr 2015 zu dänischen Wahlen kommt zu dem Ergebnis, dass Wähler sich eher Parteien anschließen, die in Umfragen erfolgreich sind, und sich von Parteien abwenden, die in Umfragen schlecht abschnitten (How are Voters Influenced by Opinion Polls? The Effect of Polls on Voting Behavior and Party Sympathy, World Political Science 2016). Andererseits wurde zum Beispiel die FDP zur saarländischen Landtagswahl 1985 auf um die 2% geschätzt, am Ende kam sie auf ca. 10%. Und das zu Zeiten, in denen die politische Landschaft noch sehr überschaubar und weniger von den Extremen geprägt war. Die Meinungsforschung hat sich seither natürlich wesentlich verbessert aber mittlerweile haben sich unkalkulierbare Faktoren entwickelt. So verweigern oder verfälschen immer mehr Menschen – aus verschiedenen Gründen – ihre Aussagen. Auch ist die Personifizierung ein Problem. Bei Umfragen sowie allgemein im politischen Diskurs. Leider gibt es nach wie vor nur wenige präzise Erhebungen darüber, wie stark veröffentlichte Beliebtheitswerte Wahlentscheidungen beeinflussen. Umfrageergebnisse sind ungenau, verzerren Wahlentscheidungen und entpolitisieren. Ist das gut für unsere Demokratie?

**Fortsetzung auf Seite 2**

**Frank Ditttrich**

Kreisvorsitzender DIE LINKE. Zwickau



## Fortsetzung von Seite 1

„Schauen wir nur auf die mit unfassbarem Ernst vorgetragene persönlichen Beliebtheitswerte. Ist es wirklich wichtig, wer in der Rangfolge von Platz 7 auf Platz 10 gerutscht ist? Sollte es nicht bei Berichten und Interviews mit Politikern eher darum gehen, wie, sagen wir, mit der Verteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums umgegangen werden soll?“ Eine, auch jetzt vor den kommenden Wahlen, nicht an Aktualität verlorene Aussage (bis auf den wachsenden Reichtum). Und in einer Vielzahl an Ländern ist es untersagt, die Umfragen zu Wahlprognosen oder zum Wahlverhalten unmittelbar vor einer Wahl zu veröffentlichen. Umfragen zum Wahlverhalten tatsächlicher Wählerinnen und Wählern, den „Exit-Polls“, sind in Deutschland ebenfalls verboten. Ich werbe dafür, über die Fehleranfälligkeit und Wirkung von Wahlprognosen zu sprechen bevor man Szenarien und mögliche Konstellationen thematisiert. Denn im Grunde möchten wir den jetzigen Tendenzen keinen Vorschub leisten.

## Aus dem Landtag

### Es braucht eine Bildungswende: JETZT!

Das neue Schuljahr hat begonnen und überall, auch bei uns im Erzgebirge, müssen wir feststellen, dass immer mehr Unterricht ausfällt bzw. gar nicht gehalten werden kann, weil es nicht genügend Lehrkräfte gibt. Das ist schlichtweg ein Skandal und der Freistaat vergeht sich damit an der Zukunft auch meiner Kinder.

Hätte man die aktuelle Situation verhindern können? Klar, wenn nicht der Finanzminister gleichzeitig der Kultusminister gewesen wäre. Wenn nicht die Ideologie der „schwarzen Null“ im Staatshaushalt wichtiger gewesen wäre als eine ordentliche Schulbildung für alle Kinder. Nun muss alles unternommen werden, um noch Schlimmeres zu verhindern. Die zu wenigen Lehrkräfte sollen jetzt die Fehler der Politik ausbaden und deswegen u.a. mehr arbeiten. Im letzten Schuljahr fielen 1,6 Millionen (!!) Unterrichtsstunden aus, auch wegen des hohen Krankenstandes bei den Lehrkräften. Es ist an dieser Stelle keine Besserung in Sicht, solange die Lehrkräfte teils verboten lang arbeiten müssen und

keine große Chance haben, sich während der Ferien ausreichend zu erholen! Alle Kraft muss jetzt in die Entlastung der Lehrkräfte fließen. „Das geht mit flexiblen Rahmenlehrplänen, externen Lernorten, vor allem aber mit mehr multiprofessionellen Teams für Verwaltung, IT, Schulsozialarbeit und Psychologie.“ Meinte vor ein paar Wochen meine Fraktionskollegin Luise Neuhaus-Wartenberg. Weiter stellte sie fest: „Lehrkräfte sollten für Schulstufen statt für Schularten ausgebildet werden, damit sie flexibel für die jeweiligen Altersstufen einsetzbar sind. Ein Duales Lehramtsstudium kann mehr Praxisbezug und regionale Verankerung bringen. Attraktiv sind auch moderne Unterrichtskonzepte wie an den Gemeinschaftsschulen, wo Kinder bis zum Schluss alles erreichen können.“ Die Anzahl der Gemeinschaftsschulen muss schnell erhöht werden. Dazu bedarf es nicht die Hürden seitens der Schulämter, sondern konkrete Unterstützung für die Kommunen, die Eltern und die Schulen, um diese Schulart als wirkliche gleichberechtigte Schule zu etablieren.

„Die digitale Spaltung in der technischen Ausstattung und digitalen Infrastruktur muss überwunden werden. Bisher gibt es riesige Unterschiede beim digitalen Lernen. Dabei geht es nicht nur darum, endlich alle Schulgebäude mit W-LAN und mobilen Endgeräten auszustatten, die Lehrkräfte von technischen Supportaufgaben zu entlasten und ihre Fortbildung voranzutreiben. Vor allem müssen die Lehrkräfte sicherstellen können, dass sie die digitalen Instrumente gewinnbringend einsetzen können. Das erfordert eine entsprechende Unterrichtsstrategie, die nur entstehen kann, wenn die technischen Grundvoraussetzungen endlich überall geschaffen werden. Jedes Kind verdient den Anspruch auf ein kostenfreies und zeitgemäßes Leihgerät. Neue, hybride Lernformen dürften nicht zu einer neuen sozialen Spaltung führen.“ Auch diesen Aussagen von Luise kann ich mich uneingeschränkt anschließen. Wir haben als Linksfraktion immer wieder Vorschläge unterbreitet und werden das auch weiterhin tun. Im Interesse unserer Kinder aber auch der Lehrkräfte.



**Rico Gebhardt**  
Vorsitzender der LINKEN im  
Sächsischen Landtag

## **Susanne Schaper, Stefan Hartmann und Rico Gebhardt: Ostdeutsche Errungenschaften endlich wertschätzen – das führt das Land zusammen**

Zum Tag der Deutschen Einheit erklären die Vorsitzenden von DIE LINKE. Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann sowie der Vorsitzende der Linksfraktion, Rico Gebhardt:

„Es ist höchste Zeit, fortschrittliche Konzepte aus dem Osten endlich umzusetzen – und zwar im ganzen Land! Das wäre praktische Wertschätzung und würde die Menschen zusammenführen. Zur Wertschätzung gehört auch: Menschen in Ost- und Westdeutschland sollten für die gleiche Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Ostdeutsche müssen zudem in Führungspositionen endlich angemessen repräsentiert werden. Es ist schlimm genug, dass die Regierenden 33 Jahre verstreichen ließen, bis der gleiche Arbeitslohn in Ost und West nun endlich den gleichen Rentenanspruch einbringt. Solches Warten erzeugt Frust – damit muss Schluss sein. Knapp jeder fünfte Ostdeutsche erhält derzeit weniger als 13 Euro brutto pro Stunde. In Sachsen wird mehr als ein Viertel der Vollzeitbeschäftigten mit einem Hungerlohn abgespeist – und die Staatsregierung schafft es noch nicht einmal, gute Löhne zur Voraussetzung für staatliche Aufträge zu machen! Der Osten ist nicht Dunkeldeutschland, sondern er hat viele Errungenschaften für ein gerechtes Land einzubringen: Längeres gemeinsames Lernen sorgt dafür, dass alle Kinder bis zuletzt alles erreichen können. Polikliniken lindern den Ärztemangel und stützen die Gesundheitsversorgung – auch Ganztags-Polikliniken sollten geschaffen werden. Es ist hier die Regel, dass alle Kinder in der Kita gebildet werden. Die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau sind im Osten geringer, mehr Frauen können in Vollzeit arbeiten. Nicht zuletzt gibt es ein Bewusstsein dafür, Wertstoffe nicht einfach wegzuerwerfen, sondern sie wiederzuverwenden. Nach 1990 wurden viele Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht. Viele Menschen erlitten harte persönliche Umbrüche und haben Angst davor, das in den letzten Jahren Erarbeitete zu verlieren.

Wir werden weiter Druck machen, um Ungerechtigkeiten zu beenden und neue Ungerechtigkeiten zu verhindern.“

## **Zwei Klassen der Oberschule Friedrich-Rückert in Plauen zu Besuch im Sächsischen Landtag**

Am 27.09.2023 waren zwei 9. Klassen der Friedrich-Rückert Oberschule in Plauen zu Besuch im Sächsischen Landtag in Dresden. Eingeladen hatte dazu die Fraktion DIE LINKE. Die Schülerinnen und Schüler absolvierten ein umfangreiches Programm. Sie machten eine Führung mit dem Besucherdienst des Sächsischen Landtags, bei der sie Räumlichkeiten und deren Funktion erklärt bekamen und gleichzeitig konnten sich dort über die Arbeitsweise des Hauses, die Arbeit der Abgeordneten und Mitarbeiter\*innen informieren. Teils auch interaktiv erhielten sie Einblicke in Abläufe und Strukturen.

Im Anschluss daran waren sie im Fraktionssaal von DIE LINKE zu einem Abgeordnetengespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt geladen. Hier hatten sie die Möglichkeit all ihre brennenden Fragen an Rico Gebhardt zu richten und mit ihm ins Gespräch zu kommen. Davon machten sie rege Gebrauch und in einem intensiven Austausch wurde so manches Anliegen der Schülerinnen und Schüler bearbeitet.

Rico Gebhardt dazu: Es ist für mich immer wieder lehrreich und informativ zu erfahren was junge Menschen bewegt. Die Spannweite ihrer Fragen war für mich überraschend. Insbesondere auch die Frage: Woher man noch mehr Wissen und Information über Politik bekommen kann. Das macht Hoffnung, dass wir doch in der Lage sein sollten, auch über schwierige und kontroverse Themen sachlich und zivilisiert diskutieren und nach Lösungen suchen zu können. Am Ende steht oft ein Kompromiss, das habe ich versucht den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln.

**Pressemitteilung von Elke Jacob  
Regionalmitarbeiterin der Linksfraktion  
Sachsen**



## Immer weniger Ausreisepflichtige in Deutschland

„Die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland sinkt weiter: Waren es Ende 2022 noch gut 300.000 Personen, wurden Ende August 2023 nur noch knapp 262.000 Menschen als ausreisepflichtig im Ausländerzentralregister geführt. 80 Prozent von ihnen verfügten über eine Duldung. Angesichts dieser Zahlen ist die enthemmte politische Debatte über angeblich notwendige Abschiebungsverschärfungen vollkommen fehlgeleitet“, erklärt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, zu einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Frage von ihr. Bünger weiter: „Ein Grund für den Rückgang der Zahl der Ausreisepflichtigen ist das seit Anfang des Jahres geltende Chancen-Aufenthaltsrecht: Dadurch erhalten jahre- oder sogar jahrzehntelang in Deutschland geduldete Menschen endlich die Chance eines legalen Aufenthalts. Faktisch sind viele von ihnen ohnehin längst Teil der Gesellschaft. Sie haben Freund:innen gefunden, gehen einer Arbeit nach, und ihre Kinder gehen zur Schule. Ende August 2023 hatten 37.092 ehemals geduldete Menschen eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Chancen-Aufenthaltsrecht. Weniger als 10 Prozent der Geduldeten haben eine sogenannte Duldung „light“, d.h. dass die Behörden unterstellen, dass sie ihre Abschiebung selbst verhindern. In den meisten Fällen sind Abschiebungen dagegen aus objektiven Anfrage und Antwort finden Sie im Anhang dieser Mail.

Gründen nicht möglich. Die Liste der wichtigsten Herkunftsländer der Geduldeten unterstreicht dies: Irak, Afghanistan und Russland sind Länder, in die nicht oder nur im Ausnahmefall abgeschoben wird.

Ich fordere alle politischen Akteure auf, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen, ausgrenzende Abschiebungsdebatten sofort zu beenden und auf weitere Gesetzesverschärfungen zu verzichten. Die Menschen haben in aller Regel gute Gründe, warum sie sich zur Flucht entschieden haben, selbst wenn sie am Ende keinen Flüchtlingsstatus erhalten. Die politische Aufgabe besteht darin, sie schnell und gut aufzunehmen. Statt einer Abschiebungsoffensive brauchen wir eine Offensive der Humanität.“

Pressemitteilung von  
**Clara Bünger**  
Mitglied des Bundestags



Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge  
V.i.S.d.P. Frank Dittrich  
Spenden für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 Euro pro Jahr  
Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge  
IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56  
Sitz des Kreisvorstandes  
Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema  
Internet: [www.dielinke-erzgebirge.de](http://www.dielinke-erzgebirge.de)  
Beiträge und Meinungen an [redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de](mailto:redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de)  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen. Leser\*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist: 30.10.2023

## **Zustimmung zur Krisenverordnung: Keine Menschenrechte für Schutzsuchende mehr**

„Mit ihrem heutigen Abstimmungsverhalten im Ji-Rat beweist die Bundesregierung einmal wieder, dass sie sich nicht für die Menschenrechte von Schutzsuchenden interessiert. Stattdessen verabschiedet sie sich von ihren eigenen Prinzipien und lässt sich von rechten Kräften und dem Druck des Europäischen Parlaments treiben. Die Zustimmung zur Krisenverordnung öffnet der Entrechtung fliehender Menschen Tür und Tor. Sie ist der letzte Nagel im Sarg des individuellen Asylrechts“, erklärt die rechts- und fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger. Bünger weiter:

„Indem Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Krisenverordnung als „hervorragend ausgehandelten Kompromiss“ bezeichnet, klopf sie sich grundlos auf die Schulter. Denn mit dieser kommt die bereits gescheiterte Instrumentalisierungsverordnung durch die Hintertür zurück ins Spiel. Dadurch wird es möglich, alle Schutzsuchenden an den europäischen Außengrenzen erst wochenlang nicht zu registrieren und sie dann über Monate hinweg unter haftähnlichen Bedingungen festzuhalten - egal, ob es sich dabei um Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderungen oder schweren Traumata handelt. Mindeststandards bei der Unterbringung und Versorgung müssen nicht mehr eingehalten werden. Neue Elendslager wie Moria und mehr illegale Push-Backs sind damit vorprogrammiert.“ „Begründet wird dieser Schritt damit, dass es endlich ein gemeinsames und einheitliches europäisches Asylsystem brauche. Dabei gibt es dieses schon längst, viele Staaten unterlaufen es aber. Statt sich für die Einhaltung der bestehenden Gesetze einzusetzen, trägt die Bundesregierung nun dazu bei, dass deren Unterschreitung legalisiert wird.“

Gleichzeitig halten auch die aktuellen GEAS-Vorschläge an der Dublin-Verordnung fest und werden daher nicht zu einer Entlastung der Außengrenzstaaten führen.“

## **Aus dem Kreisvorstand und Fraktion**

Am 13.09.23 trafen sich die Mitglieder des Kreisvorstandes gemeinsam mit den Ortsvorsitzenden zur gemeinsamen Beratung. Natürlich wurde über den bewegendsten Abschied von Ditti gesprochen und wie es mit unserer Kreiszeitung weitergeht. Auf jeden Fall finden sich gegenwärtig Genoss:innen, die sein Erbe tatkräftig fortsetzen wollen.

Rico bedankte sich bei allen Genoss:innen, die den Tag der Sachsen für uns unterstützt haben. Es waren 3 recht diskussionsreiche Tage. Nochmals zur Bundestagsfraktion. Die beiden Vorsitzenden hatten nicht ihren Rücktritt erklärt, sondern dass sie sich nicht wieder zur Wahl stell. Da es keine Halbzeitwahl gab, sind sie weiter im Amt. Leider wurde Vielerorts von Rücktritt gesprochen, den es aber nicht gab. Andre konnte von zwei Parteieintritten berichten, Austritte hatten wir keine. Ausführlich berichteten die Ortsvorsitzenden, die Basisgruppe Jugend und die Kreistagsfraktion. So fanden sowohl zum Weltfriedenstag als auch zum Tag der Mahnung unsere traditionellen Veranstaltungen statt. Der Zusammenschluss der Ortsverbände des Altkreises Aue/Schwarzenberg wird bis zur Gesamtmitgliederversammlung abgeschlossen sein. Seitens der Kreistagsfraktion wurde u.a. über die zunehmend begrenzten Möglichkeiten der Unterbringung von Asylbewerbern und Ukraineflüchtlingen in Wohnungen berichtet. Bis jetzt gab es keine Notunterkünfte im Landkreis.

Unsere AG Asyl/Soziales hatte am 11.08. zum Thema „ Soziale Netzwerke „ und am 08.09. zu Kinderarmut in Deutschland beraten.

Die detaillierte Vorbereitung unserer Gesamtmitgliederversammlung nahm den größten Teil der Beratungszeit ein, es müssen eben viele Einzelheiten abgestimmt werden. Auf jeden Fall haben wir unserer Clara gleich viel Redezeit eingeplant. Bis zum 31.10.23 muss unser Finanzplan 2024 bei der Landesschatzmeisterin abgegeben sein. Bitte beachtet, dass alle Mitglieder für die Gesamtmitglieder per Brief schriftlich eingeladen werden.

## **Barbara Drechsel**

Mitglied des Kreisvorstandes

## **MdL Mirko Schultze auf Besuch im Erzgebirge**

Gerade wird im sächsischen Landtag das Brand-, Rettungs- und Katastrophenschutzgesetz verhandelt. In unserem Politikverständnis finden wir es wichtig mit den Praktiker\*innen des Bevölkerungsschutzes vor Ort zu sprechen, um konkret zu erfahren, was sie für gute Ideen haben, wo der Schuh drückt & welche Anforderungen sie an ein funktionierendes Gesetz stellen. Dies haben wir bereits im vergangenen Jahr mit unseren LINKEN Ideen in dem Konzept „ Bevölkerungsschutz der Zukunft“ zusammengeführt. Einige unserer Forderungen aus dem LINKEN Konzept können wir in dem Gesetzentwurf, wie auch schon bei den Haushaltsverhandlungen, wieder finden. Das betrifft u.a., dass das Modellprojekt der dezentralen Ausbildung ausgeweitet und zum Standard wird; die mögliche überregionale Brandschutzbedarfsplanung sowie die einheitlichen Versicherungsregelungen für Feuerwehr und Katastrophenschutz.

Wir können also selbstbewusst behaupten: LINKS wirkt! Aber, wie es mit Oppositionsforderungen immer so ist, eben noch nicht alle! Am 26.07.2023 besichtigten wir das Gelände der ehemaligen Landesgartenschau in Oelsnitz/ Erzgeb., führten ein hoffnungsvolles Gespräch mit dem jungen Bürgermeister (SPD) des Ortes und trafen uns mit dem Kreisbrandmeister Mario Mischok im Feuerwehrtechnischen Zentrum (FTZ) in Pfaffenhain.

Nach einer eindrucksvollen Besichtigung des Geländes erfuhren wir von den Schwierigkeiten der Ausbildung an der Landesfeuerwehrschule und den guten lokalen Lösungen, die überwiegend ehrenamtlich geleistet werden und wofür auf dem Gelände besonders gute Bedingungen geschaffen wurden. Außerdem sprachen wir über die Herausforderung bei Waldbrandbekämpfung, die Abdeckung von Tageseinsatzbereitschaften und die besondere Finanzierung der 4 FTZ im Landkreis. Im Erzgebirge zahlen alle Gemeinden eine jährliche Pauschale an den Kreis für die Reinigung der Schläuche, der Kleidung sowie der Atemschutzmasken und rechnen nicht jede einzelne Dienstleistung gesondert ab. Dies gibt allen Beteiligten Planungssicherheit und vermeidet eine Menge bürokratischen Verwaltungsaufwand. Ein Modell, welches sich gern auf andere Kreise ausweiten könnte.

Ein besonderer Dank gilt Barbara Drechsel für die hervorragende Organisation & fachkundige Begleitung des gesamten Tages.

## **Mirko Schultze und Team**

Mitglied des Sächsischen Landtags





Sehr geehrte Schulleiterinnen und Schulleiter, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Bildungsinteressierte, zum 1. August 2020 wurde die Gemeinschaftsschule als neue Schulart ins sächsische Schulgesetz aufgenommen. Kinder können auch in Sachsen über die vierte Klasse hinaus länger gemeinsam lernen. Seit zwei Jahren ist dies formal an Gemeinschaftsschulen oder Oberschulen+ möglich. Erste Schulen, die das längere gemeinsame Lernen umsetzen, sind bereits gestartet. Als Verein Länger Gemeinsam Lernen - Gemeinschaftsschule in Sachsen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, zur neuen Schulart zu informieren und Initiativen zu unterstützen. Zudem beraten wir Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler, kommunale Vertreterinnen und Vertreter bei der Errichtung ihrer Gemeinschaftsschule oder Oberschule+. So konnten wir bereits erfolgreich unseren 1. Gemeinschaftsschultag, im letzten Jahr durchführen. Der Weg ist noch lang, viele Aspekte sind noch zu beleuchten und sicher die eine oder andere Fragen zu beantworten. Aus diesem Grund richten wir am Samstag, den 11. November 2023 10 Uhr, den 2. Gemeinschaftsschultag aus und laden Sie recht herzlich zu unserer Partnerin, der Kooperationsschule nach Chemnitz, ein.

Zum nun 2. Gemeinschaftsschultag möchten wir darüber in den Austausch kommen, wie die Gemeinschaftsschule ein Erfolg wird, verschiedene Aspekte rund um längeres gemeinsames Lernen in Sachsen beleuchten, über die Möglichkeiten einer Gründung oder Schulartumwandlung informieren, offene Fragen klären und konkrete Vorhaben zur Errichtung von Gemeinschaftsschulen bzw. Oberschulen+ unterstützen.

Nach der Eröffnung um 10 Uhr erwarten Sie am Vormittag diese Punkte;

Podiumsdiskussion „Wie wird Gemeinschaftsschule ein Erfolg?“ mit Vertreter\*innen aus der Praxis

Verschiedene Workshops zum Lernen an Gemeinschaftsschulen, der praktischen Ausgestaltung der Schulordnung, der Rolle des Schulträgers und einer Austauschrunde, wie längeres gemeinsames Lernen im ländlichen Raum umgesetzt werden kann

Führung an der Kooperationsschule Chemnitz  
Der Gemeinschaftsschultag wird gegen 15 Uhr enden, ein detailliertes Programm wird in den nächsten Wochen zur Verfügung gestellt. Die Teilnahme ist selbstverständlich kostenfrei.

Wir freuen uns über Ihre Anmeldung und Weiterleitung an Interessierte.

Informationen und Anmeldung

[kontakt@gemeinschaftsschule-in-sachsen.de](mailto:kontakt@gemeinschaftsschule-in-sachsen.de)



# Kommunalwahlen 2024

# Du entscheidest!

## Kandidiere in deinem Ort!

Punkrock oder Pickelhaube? Biowiese oder braune Saat? Kultur oder Konsum? Das kannst du in deiner Stadt, in deinem Dorf oder in deiner Gemeinde mitentscheiden – als Mitglied im Stadt- bzw. Gemeinderat.

Du kannst dir vorstellen zu kandidieren? Oder willst dich einfach erstmal informieren

LINKE Kommunalpolitik ist sozial gerecht und nachhaltig. Wir setzen uns dafür ein, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe ermöglicht werden. Nachhaltigkeit heißt für uns, den kommenden Generationen ein lebenswertes Gemeinwesen zu hinterlassen.

Wir sind für die Bewahrung und Ausbau des kommunalen Eigentums. Sonst bestimmen Hedgefonds und Großkonzerne wo es lang geht. Wohnen, Bildung, medizinische Versorgung, Kultur, soziale Sicherung, öffentlicher Personennahverkehr, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wasser- und Energieversorgung und Telekommunikation sind Daseinsvorsorge und gehören weitestgehend in kommunale Hand.

LINKE Kommunalpolitik setzt sich für Weltoffenheit, Humanität und Integration statt Ausgrenzung, ein. Wir möchten die aktive Teilhabe aller Menschen ermöglichen. Kinder- und Jugendfreundlichkeit muss als Leitidee kommunalen Handelns verstanden werden, denn nur wer sich von klein auf ernst genommen fühlt, kann auch lernen, was echte Demokratie bedeutet.